

der Macht ist. Mit Rücksicht auf die Koalitionspartner kann sie das Thema "Ramtempel" kaum ansprechen. Es existiert nur noch als eine Art vages Versprechen für die Zukunft. Daß das Thema jedoch nicht verschwunden ist und jederzeit wieder aufgegriffen werden kann, bewies dieser Tage Kalyan Singh (der frisch abgesetzte Regierungschef von Uttar Pradesh), als er in Wut über seine Ablösung deutlich werden ließ, daß er fest entschlossen sei, die BJP-Regierung in Uttar Pradesh und im Zentrum mit einer Neuauflage der Tempelbewegung in Bedrängnis zu bringen.

In einer Situation, in der die Hindu-Nationalisten eines ihrer populärsten Themen zurückstellen mußten und in der sie auch sonst kaum in der Lage sind, als

Regierungspartei ihre spezifische politische Ausrichtung aufrecht zu erhalten, kam den Hindu-Organisationen der Versuch des Papstes gerade recht, um neuen Wind in die Bewegung zu bringen. Als noch weitgehend unbeackertes Feld eignet sich die Propaganda gegen Christen, um neues Profil zu gewinnen ohne die "eigene" Regierung bezüglich ihrer Wahlversprechen (Bau des Ramtempels, einheitliches Zivilrecht für Hindus und Muslime, Aufgabe des Sonderstatus für Jammu & Kashmir) in eine peinliche Erklärungsnot zu zwingen.

Noch ist nicht klar, wie weit es radikalen Hindus gelingen wird, Christen in Indien zu stigmatisieren. Aber bereits jetzt ist nicht zu übersehen, daß nach den Muslimen nun auch Christen zunehmend

als eine stereotype Gruppe wahrgenommen werden. So lassen sie sich auf lange Sicht als Sündenbock etablieren (oder auch als Wählerblock mobilisieren). Schnell könnte eine ähnliche Geschichte voller bitterer Erinnerungen von gegenseitigen Verletzungen und Angriffen geschrieben sein, wie sie für Hindus und Muslime existiert und wie sie sich als Narrative im öffentlichen Diskurs Indiens fest etabliert hat. Der Mord eines christlichen Missionars in Orissa könnte dann womöglich zum Anlaß für Ausschreitungen im ganzen Land werden. Es ist daher dringende Zeit, vor der zunehmenden Radikalisierung der religiösen Landschaft in Indien nicht länger die Augen zu verschließen.

Bhopal - Die Katastrophe geht weiter

Der Tod kam nachts, ganz leise und ohne Vorwarnung. Ein stechender Geruch riß die Menschen aus dem Schlaf und trieb sie aus den Häusern. Von den Bäumen fielen die Blätter, überall brachen Menschen und Tiere tot zusammen. "Meine Augen brannten und tränten, vor Schmerz konnte ich kaum atmen", erinnert sich Shehjad Khan, ein Anwohner im Slum J.P. Nagar, direkt gegenüber dem Werkstor. Die Straße sei mit Leichen übersät gewesen, Lastwagenweise seien die Toten weggeschafft und in einen Fluß gekippt worden. Um drei Uhr morgens starb seine Schwiegertochter. Sobald es hell wurde, floh er wie hundertausende andere aus der Stadt.

In der Nacht zum 3. Dezember 1984 strömten aus der Pestizidfabrik des US-Multis 'Union Carbide' 40 Tonnen einer Chlorgasverbindung über die Stadt Bhopal. Jeder zweite der rund eine Million Einwohner kam mit dem Gift in Kontakt. Mindestens 3.000 Menschen erlebten den Sonnenaufgang nicht mehr. Bis heute sind nach Angaben von Bürgerinitiativen 27.000 Anwohner an den Folgen der Vergiftung gestorben.

Am 15. Jahrestag der Katastrophe zogen die Hinterbliebenen mit Fackeln zum Werksgelände, um auf ihre verzweifelte Lage aufmerksam zu machen. Sie fordern Gerechtigkeit. Die Verantwortlichen für die Havarie müßten endlich vor Gericht gestellt werden. Die Regierung solle für qualifizierte medizinische Betreuung und angemessene Entschädigung sorgen. Unterstützt werden diese Forderungen von 'Greenpeace', deren Kampagnenschiff 'Rainbow Warrior' erstmals in Mumbai (früher Bombay) vor Anker ging. An Bord des Schiffes präsentierten indische und europäische Umweltschützer der Presse eine neue Untersuchung über die Altlasten der nach dem Unfall geschlossenen Fabrik. Demnach lagern dort große Mengen von Pestiziden und Abfallprodukten ungeschützt im Freien.

"Im vergangenen Mai nahmen wir auf dem Werksgelände Bodenproben, die sogleich versiegelt und zur Untersuchung nach Europa gebracht wurden", berichtet die Wis-

senschaftlerin Ruth Stringer von der britischen Universität Exeter, die die Analyse im Auftrag von 'Greenpeace' vornahm. Das Werksgelände sei großflächig mit Schwermetallen und Chemikalien verseucht, u.a. mit Quecksilber, Blei, Hexachlorbenzol (eine Rohform des Pestizids Lindan), mit dem Pestizid Sevin und anderen Chlorverbindungen. "Wir entnahmen auch Proben aus zwölf Trinkwasserbrunnen in der näheren Umgebung. In fünf davon stellten wir toxische Chlorverbindungen in Konzentrationen fest, die in vier Fällen die Unbedenklichkeitsstandards der Weltgesundheitsorganisation übertreffen. Eine Probe wies sogar elf verschiedene toxische Verbindungen auf. Das Schlimmste ist, die Slumbewohner haben keine Alternative, sie müssen dieses Wasser zum Trinken, Kochen und Waschen benutzen." 'Greenpeace' fordert die Behörden auf, das Werksgelände und seine Umgebung systematisch auf Altlasten zu untersuchen. 'Union Carbide' müsse für die Entseuchung aufkommen.

Nicht nur in Bhopal setzt sich die Katastrophe fort. Seit jener Nacht im Dezember 1984 ereigneten sich in Indien 119 schwere Industrieunfälle, die mindestens eintausend weitere Menschenleben forderten. Die Chemie ist Indiens viertgrößter Industriesektor, seine Pestizidproduktion die zweithöchste in Asien. Weil verbindliche Richtlinien über den Umgang mit giftigen Abfällen fehlen, werden sie häufig einfach über die Mauer gekippt. Ungeklärte Abwässer fließen in offenen Kanälen durch Felder und Dörfer zum nächstgrößeren Fluß. Das nächtliche Ablassen überlichsender Gase ist weitverbreitet. Staatliche Kontrollinstanzen sind ungenügend ausgestattet und anfällig für Korruption. Kein Wunder also, daß kaum je ein Chemieunternehmer für Umweltschäden zur Verantwortung gezogen wurde.

So auch im Falle Bhopal. Nach der Schließung der Unglücksfabrik wechselten die verantwortlichen Manager in andere leitende Positionen. Der damalige Chef von 'Union Carbide', der Amerikaner Warren Anderson, weigert sich seit Jahren, einer ge-

richtlichen Vorladung nach Bhopal Folge zu leisten. Die indische Regierung unternimmt nichts, um seine Auslieferung zu erreichen.

"Hängt Anderson!" lautet eine der Forderungen der Bürgerinitiativen in Bhopal. Sie spiegelt den ohnmächtigen Zorn der Opfer wider. 15 Jahre nach der Katastrophe sind viele der Überlebenden arbeitsunfähig. Die meisten haben ihre mageren Ersparnisse für Arztrechnungen und Medikamente aufgebraucht. Ihre Vertreter behaupten, die Hälfte der von der Regierung gezahlten Entschädigungsgelder - in der Regel einige hundert Mark - seien in den Taschen korrupter Richter, Beamter und Ärzte versickert. 'Union Carbide' gelang es, sich von sämtlichen Regressansprüchen freizukaufen. Die Pestizidfabrik rostet, nun unter Regierungsaufsicht, vor sich hin.

Das traurige Nachspiel der Bhopal-Katastrophe komme einer Einladung zur Verseuchung gleich, kommentieren indische Umweltschützer. Sie weisen daraufhin, daß multinationale Unternehmen gefährliche Produktionszweige in Länder wie Indien auslagern, wo die Gesetze weich und die Kontrolle schwach ist. Hier findet man auch die großen Namen der deutschen Chemie: 'Bayer', 'Hoechst', 'BASF', 'Boehringer Mannheim' und so weiter. Als die indische Regierung kurz nach dem Desaster in den USA gerichtliche Schritte gegen 'Union Carbide' einleitete, schlug sich die Branche, einheimische und multinationale Unternehmen gleichermaßen, auf die Seite des US-Konzerns und zwang die Regierung mit einem Investitionsstopp in die Knie. 'Union Carbide' und New Delhi einigten sich außerhalb der Gerichte auf einen Deal: Der Konzern überwie 472 Millionen Dollar nach New Delhi, dafür übernahm die indische Regierung die Verantwortung für die Entschädigung der Opfer und stellte das strafrechtliche Verfahren ein. Vor kurzem fusionierte 'Union Carbide' mit 'Dow Chemicals' zum zweitgrößten Chemiekonzern der Welt.

Rainer Hörig